

Oebisfelde-Weferlingen



Redaktion:
Anett Roisch (aro),
Tel.: 0 39 04/4 02 72,
01 78/5 51 07 23,
Anett.Roisch@freenet.de;
anett.roisch@volksstimme.de

Meldungen

Abgestimmt: Mehrheit für Südumfahrung

Grasleber Rat kippt Beschluss zur Nordvariante / Auch Orte ringsum Weferlingen sollen entlastet werden

Soll es eine Nord- oder eine Südumgehungsstraße geben? Der Rat der Gemeinde Grasleben hatte im August 2020 bereits grünes Licht für den Bau einer nördlichen Entlastungsstraße gegeben. Die Gruppe aus SPD, Freiem Wählerbündnis und Bürgerliste wollte jetzt aber diesen Beschluss kippen und die Südumfahrung realisieren. Erneut entflammte bei der Ratssitzung die Diskussion, wo die Trasse verlaufen soll.

Von Anett Roisch
Grasleben/Weferlingen • Der Saal im Grasleber Schützenhaus war gut besucht. Etwa 50 Gäste verfolgten die Sitzung des Rates der niedersächsischen Gemeinde. Unter den Besuchern waren auch kommunalpolitische Vertreter aus Eschenrode, Walbeck, Hørsingen und Weferlingen.

Schon seit 30 Jahren wird über eine Umgehungsstraße in Grasleben und Weferlingen gesprochen. Zum Ärger der Menschen auf der niedersächsischen und sachsen-anhaltischen Seite belastet der Schwerlastverkehr noch immer die Straßen in Grasleben, Walbeck, Weferlingen, Hørsingen und in den benachbarten Orten. Eine Umgehung muss her! Darüber sind sich die Kommunalpolitiker einig.

Für den Bau der Nordumgehungsstraße hatte der Grasleber Gemeinderat bereits am 24. August 2020 grünes Licht gegeben. Das Vorhaben zur nördlichen Entlastungsstraße stieß jedoch auf heftige Kritik.

Es gab Treffen mit politischen Vertretern in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt. Unter anderem befürchteten Bewohner von Weferlingen und angrenzenden Orten, dass mit der Realisierung dieser Variante noch mehr Lkw durch den Ort rollen.

Die Alternative wäre eine Südumfahrung. Der Vorteil: Damit könnten mit Mariental, Grasleben und Weferlingen gleich mehrere Orte entlastet werden. Die Gruppe aus SPD, Freies Wählerbündnis und Bürgerliste Grasleben stellte einen Antrag zur Aufhebung des Beschlusses von 2020.



An der Ecke Braunschweiger Straße / An der Zuckerfabrik begegnen sich in Weferlingen Lkw, die durch Weferlingen gefahren sind und in Richtung Grasleben abbiegen, mit Brummis, die den niedersächsischen Nachbarort Grasleben mit seinen teilweise sehr engen Straßen passiert haben und nun durch Weferlingen und die Nachbarorte ihrem Ziel entgegen rollen. In Unternehmen der Region werden verschiedene Rohstoffe abgebaut.

Foto: Marita Bullmann

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten bei der jüngsten Zusammenkunft mehrheitlich für eine Aufhebung des Beschlusses zur Nordumgehung.

Jetzt war der Rat gefragt. „Die Argumente sind umfangreich ausgetauscht. Wenn dieser Beschluss - wie er beantragt wurde - so gefasst wird, wird es keine Entlastungsstraße in Grasleben geben“, schätzte Samtgemeindebürgermeister Gero Janze ein. Wieder entflammte ein emotionsgeladener Schlagabtausch.

„Wir hatten zuvor ganz offenkundig in unserem Wahlprogramm gesagt, dass wir die Südvariante favorisieren.“

Axel Storm, Vorsitzender der Gruppe aus SPD, Freies Wählerbündnis und Bürgerliste Grasleben

Herbert Kellner aus der Gruppe CDU-FDP sagte, dass er beim Vergleich beider Varianten zum Entschluss gekommen sei, dass die Südtrasse den entscheidenden Nachteil habe, dass sie durch Biotope, an Tagebau und vorbei an Wasserschutzgebiete sowie durch das Naturschutzgebiet „Grünes Band“ gehe. Kellner betonte, dass er nicht grundsätzlich gegen die Südvariante sei, aber die aufgezählten Punkte wür-

den - seiner Meinung nach - das Projekt um Jahre verschieben.

Veronika Koch (CDU), Mitglied im Rat und Landtagsabgeordnete im Landkreis Helmstedt, sagte: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass bereits eine Woche nach der konstituierenden Sitzung dieser Antrag gestellt wurde. Wenn wir den Beschluss aus 2020 aufheben, haben wir erst mal überhaupt nichts auf dem Tisch.“

Axel Storm, Vorsitzender der Gruppe aus SPD, Freies Wählerbündnis und Bürgerliste Grasleben, begründete den Antrag: „Wir hatten zuvor ganz offenkundig in unserem Wahlprogramm gesagt, dass wir die Südvariante favorisieren.“ Der Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalt sehe eine Überarbeitung der Raumplanung vor, was Anlass zur Hoffnung für eine Südumgehung sei. Um mit dem zuständigen Ministerium in Magdeburg weitere Gespräche aufzunehmen, sei die Aufhebung des Graslebener Beschlusses die Grundvoraussetzung.

Chancen auf Fördermittel vom Land für die Realisierung der Südumgehung sehe Veronika Koch nicht. Anders wäre es - nach ihren Ausführungen - bei der Nordumgehung.

„Der Landkreis Helmstedt würde uns bei der nördlichen Entlastungsstraße unterstützen. Es könnte quasi mit einem kleinen Trick gearbeitet werden. Es wäre dann keine

Landesstraße, sondern eine Verlängerung der Kreisstraße 56. Somit wäre dieses Projekt realisierbar und förderfähig“, sagte Veronika Koch. Die CDU-Politikerin gestand, dass die Nordumgehung keine optimale Lösung, aber trotzdem eine Entlastung für Grasleben sei.

„Wenn der Beschluss zur Nordumgehung gekippt wird, ist das Geld für Grasleben weg“

Maximilian Ganselweit, Ratsmitglied von der CDU-FDP-Gruppe

Nach den Ausführungen von Storm habe es sehr wohl eine positive Stellungnahme vom Landkreis Börde und auch zur Kostennutzungsrechnung für die Südvariante gegeben. Auch bei einem Gespräch in Weferlingen sei - nach den Ausführungen von Storm - deutlich geworden, wie groß der Unmut in Weferlingen, Hørsingen und Walbeck sei.

Maximilian Ganselweit von der CDU-FDP-Gruppe wies darauf hin, dass 68.000 Euro schon in den Haushalt des Landkreises Helmstedt für die Planung der Nordtrasse eingeflossen seien. „Wenn der Beschluss zur Nordumgehung gekippt wird, ist das Geld für Grasleben weg. Ich bin fassungslos, dass es wieder keine Entlastung und keine Lösung

für dieses Problem gibt. Das wirft die Entwicklung unseres Dorfes zurück“, sagte Ganselweit.

Auch Sebastian Werner von der CDU-FDP-Gruppe plädierte für die nördliche Entlastung. Seine Ansicht nach sei die Südvariante auch aus finanziellen Gründen nicht realisierbar. „Aber selbst wenn der Beschluss gekippt und die Südumgehung forciert wird, werde ich mich dafür einsetzen, dass dieses Projekt Gestalt annimmt. Ich möchte für den Kindergarten, die Schule und für alle Anwohner in Grasleben eine Entlastung“, hob Werner hervor.

„Die Nordumgehung soll eine Entlastung von 25 Prozent bringen. Das bedeutet, dass 75 Prozent weiter die Magdeburger Straße langfahren“, sagte Enno Jaeger von der Gruppe aus SPD, Freies Wählerbündnis und Bürgerliste. Die Nordumgehung koste - nach seiner Ausführungen 10 Millionen Euro und bringe nicht viel mehr Sicherheit. „Diese Nordumgehung brauchen wir nicht, deshalb werden wir weiter für die Südumgehung kämpfen“, so Jaeger.

Dem widersprach Veronika Koch. Sie ist der Meinung, dass die Nordvariante sehr wohl eine Entlastung sei und es auch für die Magdeburger Straße mehr Sicherheit geben würde

Mehrheitlich (mit 7 Ja- und 5-Nein) stimmte der Rat für die

Aufhebung des Beschlusses zum Bau der Nordumgehung und gab so den Weg für die südliche Trasse frei.

„Wir müssen jetzt alle unsere Hausaufgaben machen“

Hans-Werner Kraul, Bürgermeister der Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen

Die Zustimmung der niedersächsischen Nachbarn zur Südumgehung beschrieb Hans-Werner Kraul (CDU), Bürgermeister der Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen, am Tag nach der Beschlussfassung als ein Signal und als ein guter Schritt in die richtige Richtung. „Unser Stadtrat hatte zuvor klar dokumentiert, dass die Nordumgehung für Weferlingen nichts bringt, sondern im Gegenteil - die Belastung wäre noch schlimmer“, sagte Kraul. Er wisse sehr wohl, dass die nördliche Variante für die Graslebener so eine Art „Spatz in der Hand“ gewesen sei.

„Natürlich darf man nicht blauäugig sein. Die Realisierung wird locker zehn Jahre oder noch länger dauern“, so der Bürgermeister. „Jetzt muss jeder seine Hausaufgaben machen, die Niedersachsen mit ihren Landtagsabgeordneten und wir mit unseren“, schilperte Kraul.